

## Deutschland: Bremen verhindert evangelikales Sozialzentrum

**Die „Ermlandstrasse 2020“ in Bremen-Blumenthal hätte für Kinder ein Paradies werden können. Doch die Stadt hat die Planungen gestoppt. Ursache ist die Kritik am missionarischen Eifer der Evangelikalen.**

Ein Sozialzentrum mit Kita, Wohngruppe, Begegnungsstätte, Kantine und Indoor-Spielplatz – dieses Bauvorhaben stiess im Beirat Blumenthal vor fast genau einem Jahr auf breite Zustimmung. In einem Stadtteil, der mit Armut zu kämpfen hat, hielten die Politiker „Ermlandstrasse 2020“ für ein wichtiges Zukunftsprojekt. Doch das Sozialzentrum hatte für Kritiker einen Haken. Bauherr des Zentrums und Träger der Kita sollte die Freie Christengemeinde des Sozialwerks Oldenburg sein. Zwei offene Briefe warnten damals vor den missionarischen Absichten der Evangelikalen. Inzwischen hat die Stadt Bremen dem Investor eine Absage erteilt. Das bestätigte Beiratssprecher Hans-Gerd Thormeier (CDU) auf Nachfrage.



„Wir brauchen Kita-Plätze in unserem Stadtteil. Umso trauriger ist es, dass dieses Sozialzentrum nicht kommt“, sagt Thormeier. Die Mehrheit der Beiratsmitglieder beurteilt das Sozialwerk Oldenburg immer noch grundsätzlich positiv. „Der Beirat konnte bei dem Bauvorhaben nichts Negatives erkennen“, argumentiert Thormeier. Diese Aussage spiegelt auch das damalige Abstimmungsverhalten wider. Mit zehn Ja-Stimmen und drei Enthaltungen ertete die „Ermlandstrasse 2020“ viel Zustimmung.

Die entsprechende Beiratssitzung am 1. April 2019 verfolgte Andreas Bähr damals noch als interessierter Bürger. Nach der Neuwahl der Bürgerschaft und der Stadtteilparlamente zog er für die Linke in den Blumenthaler Beirat ein. „Ich habe damals nur nebenbei mitbekommen, dass das Sozialwerk Oldenburg zu den Evangelikalen gehört“, erinnert sich der jetzige Mandatsträger.

Die Institution tritt auf den ersten Blick so auf, wie andere Sozialverbände auch, die sich auf christliche Werte berufen. Dass die Evangelikalen und sogenannten „Pfingstler“ den Glauben deutlich konservativer auslegen als staatlich anerkannte Kirchen, ist für Aussenstehende auf den ersten Blick nur schwer zu erkennen. Einige Freikirchen agieren aber offen homophob, bezeichnen Homosexualität als Krankheit. Kritiker werfen den Evangelikalen auch eine Nähe zu reaktionärem Gedankengut vor, welches etwa Teile der Republikaner in den USA verbreiten. Da Freikirchen aber – wie die Bezeichnung schon nahelegt – sehr autonom agieren, ist ein pauschales Urteil kaum möglich.

Das Engagement des Sozialwerks war für die Beiratsmitglieder im vergangenen Jahr unbedenklich. Sogar das damalige Beiratsmitglied der Linken stimmte nicht gegen das Bauvorhaben. „Das hat sich zunächst alles toll angehört“, sagt Bähr. Im Raum habe eine Investitionssumme von fünf Millionen Euro gestanden. „Die Problematik haben wir schlicht nicht erkannt“, beteuert Bähr. Erst die zwei offenen Briefe führten nach seinen Worten danach zu empörten Reaktionen.

Im Brief des Internationalen Bunds der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) wurde argumentiert, dass die Freie Christengemeinde Oldenburg eine Pfingstkirche sei und der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) angehöre. In diesem Dachverband der Evangelikalen seien auch „ultrareligiöse Sekten“ organisiert. Der Verfasser Herbert Thomsen störte sich auch am wachsenden politischen Einfluss der deutschlandweit rund 1,5 Millionen Evangelikalen, die sich „in einer permanenten Mission“ befänden. Doch der von Thomsen organisierte Widerstand kippte das Projekt zunächst nicht.

Erst die Koalitionsverhandlungen waren für die „Ermlandstrasse 2020“ der Anfang vom Ende. Vor der Wahl hiess es, Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) wolle sich das Konzept des Sozialwerks noch

einmal genauer ansehen. Vor etwa zwei Monaten bereitete Rot-Grün-Rot dem Bauvorhaben dann aber ein Ende. Laut Beiratsprecher Hans-Gerd Thormeier läuft die derzeitige Suche nach einem neuen Investor. Er bezeichnet die Gespräche als erfolgversprechend.

### **Viele Evangelikale gehen ein Bündnis mit den Rechten ein**

Thomsen zieht auch Vergleiche mit anderen Ländern: Es seien Evangelikale gewesen, die Donald Trump zum Wahlsieg verholfen hätten. Thomsen sagt, viele Evangelikale gingen ein Bündnis mit den Rechten ein. In dem offenen Brief wird auch ein Auszug aus der Erklärung der Evangelischen Allianz zu Ehe und Homosexualität aus der Bibel zitiert: „Wenn jemand bei einem Manne liegt wie bei einer Frau, so haben sie getan, was ein Gräuel ist, und sollen beide des Todes sterben.“

Kindergärten und Wohngruppen, die von den Pfingstlern der Freien Christengemeinden betrieben würden, seien „Missionierungseinrichtungen“, heisst es weiter im offenen Brief. Es sei nicht zu verstehen, dass der Blumenthaler Beirat ein derart rückständiges Missionierungsprojekt aus Steuermitteln über die Jugendhilfe, die Agentur für Arbeit und den Bildungsetat fördern lassen will.

Die „spezielle Auslegung der Bibel“, die zur Folge hätte, dass „Ehen nur zwischen verschiedengeschlechtlichen Menschen akzeptiert werden, ausserehelicher Sex und Schwangerschaftsabbrüche verteufelt werden“ ist auch einer zweiten Gruppe sauer aufgestossen. In einem offenen Brief appellierten Mitglieder verschiedener Parteien, Organisationen, Gewerkschaftler und Wissenschaftler deshalb an die Senatorin für Bildung und Soziales, dem Beiratsbeschluss nicht zu folgen. Soziale Einrichtungen und insbesondere Kitas dürften „nicht in die Hände rückwärtsgewandter und wissenschaftsfeindlicher Kirchen“ gegeben werden. Mitunterzeichnerin Maja Tegeler von der Linkspartei sagt: „Unsere Sorge ist, dass dies dem Versuch, moderne Geschlechterrollen zu vermitteln, entgegen läuft.“

### **Freie Christengemeinde ist Teil der Evangelischen Allianz**

Dass sich Nordbremer gegen das Vorhaben „Ermlandstrasse 2020“ warm laufen, „belastet uns nicht“, sagt Sozialwerk-Geschäftsführer Stefan Sinnhuber. Ja, die Freie Christengemeinde sei Teil der Evangelischen Allianz, räumt er ein. Und ja, die Mitglieder glaubten an die Bibel. „Daraus zu schliessen, dass wir radikal-fundamentalistische Ansichten haben, finde ich sehr mutig. Die Allianz ist ein Zusammenschluss auch von Baptisten und Methodisten – wir sind da gerne Mitglied.“

Auch eine Verbindung zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden bestreitet Stefan Sinnhuber nicht, wenn er auch betont, dass das Sozialwerk der freien Christengemeinde juristisch und rechtlich eigenständig ist. „Aber es besteht eine Personenidentität.“

Was den umstrittenen Satz zur Homosexualität angeht, so findet Stefan Sinnhuber „die Stellungnahme des Bundes der Pfingstkirchen unglücklich“. Er betont: „Wir distanzieren uns von der Aussage, dass wir etwas gegen Homosexualität haben.“ Das Sozialwerk biete Menschen professionelle Hilfe an – unabhängig von religiösen Vorstellungen und sexuellen Neigungen.

Laut seiner eigener Homepage will das Sozialwerk von ihm betreute Kinder neugierig auf den Glauben machen. Missionierungsbemühungen gebe es aber keinesfalls, versichert der Geschäftsführer. Von den 45 Angestellten des Sozialwerks in Oldenburg gehörten nur vier der Christengemeinde an.